

Tätigkeit entfaltet, sich aber jedesmal bloß- gestellt hätten, so oft sie sich nicht in Unter- nehmungen einließen, die einen Krieg nicht rechtfertigen. Was die erzielten Ergebnisse anlangt, so hätten sich beinahe alle Länder der Erde nach und nach der Sache der Alliierten angeschlossen. Das sei nicht spontan geschehen, und es sei ungerecht, zu sagen, die französische Diplomatie sei nicht bei der Hand gewesen. Was Sie in Kriegszeiten verlangen können, fuhr Briand fort, ist die Leitung der Diplomatie durch die Regierung. Redner sprach den Botschaftern Cambon (Brüssel), Barrère (Rom) und Jufferand (Washington), die Frankreich hervorragend und ruhmvoll vertraten, seine volle Anerkennung aus. Unsere Diplomatie, sagt er, vollbringt ein verdienstliches Werk, dagegen hat ein Reichstagsabgeordneter, der die deutsche Diplomatie angriff, ihr vorgeworfen, den Triumph der Entente gesichert zu haben. Die französische Diplomatie hat sich der Sache, die Frankreich zu verteidigen hatte, würdig gezeigt. Briand schloß mit der Feststellung, daß es nötig sei, die Lage der Diplomaten und Konsuln zu verbessern.

Erklärungen Ribots.

Minister des Außern Ribot führte aus: Wir leben in einer Zeit, wo weder im Lande, noch in der Regierung Schwäche herrschen darf. Diplomatie und Armee sind nicht voneinander zu trennen; Einigkeit unter den Alliierten ist unentbehrlicher denn je. Unser Zusammenstehen ist vollkommen. Auch Ribot sollte den französischen Diplomaten Anerkennung und betonte die Verdienste der Botschafter in London, Rom und Washington; auch er anerkannte die Notwendigkeit, die Lage der Diplomaten zu verbessern. Der Minister verglich die Erfolge der französischen und der deutschen Diplomatie und stellte fest, daß die Mehrheit der Welt auf Seiten der Alliierten stehe. Da Deutschland durch Waffen nicht siegen könne, suche es die Alliierten voneinander zu trennen.

Ribot fuhr fort: Die Frage Elsaß-Lothringen ist gestellt als Rechtsfrage, die mit einem auf Gerechtigkeit gegründeten Frieden unzertrennlich verbunden ist. Es würde keinen Frieden geben, der unsre Kinder gegen die Wiederholung eines so entsetzlichen Krieges sicherte, wenn die Ungerechtigkeit betreffend Elsaß-Lothringen nicht gutgemacht würde. (Beifälliger Beifall.) Unsere rechtlich denkenden Alliierten sind auf Deutschlands Kunstgriff nicht eingegangen. Asquith hat es schon gesagt und es gestern ebenso wie

Lloyd George wiederholt: Elsaß-Lothringen wird Frankreich zurückgegeben. Wir haben geschworen, keinen Friedensvorschlag anzuhören, ohne ihn sofort unsern Verbündeten mitzuteilen. Wir werden kein Entgegenkommen zurückweisen, aber wir wünschen kein verräterisches Entgegenkommen, das uns von unsern Alliierten trennen soll. Entschlossen, aufrichtig und einig zu bleiben, werden wir siegreich sein gegenüber der Gewalt wie der Verräterei. (Beifälliger Beifall.)

Die Kammer nahm darauf folgende von der Regierung gebilligte Tagesordnung Lehgues an:

Entschlossen, dem in einem neuen Abschnitt tretenden Krieg eine kräftige politische Richtung zu geben, die sich auf einen unter den Alliierten vereinbarten Plan gründet, der sich schleunigst in der Organisation und Arbeitsweise des Ministeriums des Auswärtigen, in der Ergänzung und Beförderung des diplomatischen und des konsularpersonals vollziehen soll — Neuordnungen, deren Notwendigkeit die Erfahrung des Krieges bewiesen hat —, billigt die Kammer die Erklärungen der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

Die elsaß-lothringische Frage.

Ein deutsches Dementi.

Berlin, 14. Oktober. Auf Anfrage des Wolffschen Bureaus erklärte Unterstaatssekretär von dem Büsche: Die vom französischen Minister Ribot in seiner Rede in der französischen Kammer am 12. d. aufgestellte Behauptung, Deutschland habe der französischen Regierung in die Ohren flüstern lassen, sie könne durch Vermittlung eines Politikers Verhandlungen über die Rückgabe Elsaß-Lothringens einleiten, entbehrt jeder Unterlage. Die kaiserliche Regierung ließ, wo immer Sondierungen über Friedensmöglichkeiten an sie herantraten, keinen Zweifel darüber, daß deutscher Grund und Boden niemals den Gegenstand von Verhandlungen mit einer fremden Macht bilden können.

S Haag, 13. Oktober. Holländisch Nieuwsbureau meldet aus London: Die konservative Presse nimmt die Erklärung Lloyd Georges beifällig auf, ebenso ausnahmslos die liberale Presse. „Manchester Guardian“ schreibt: Die Formel, auf die alles reduziert

werden sollte, ist folgende: Entweder man läßt zu, daß die Friedensbedingungen Keime für einen neuen Krieg enthalten, oder man trifft eine dauernde Regelung. Was würde geschehen, wenn die belgische Frage vollständig geregelt wäre und Deutschland das besetzte Gebiet zurückgäbe, aber nicht mehr? Dann würden in Frankreich die alten Gefühle bestehen bleiben, würde Serbien an Bulgarien ausgeliefert werden, die türkische Frage ungeklärt bleiben. Wenn Rühlmann sagt, daß er zu Unterhandlungen über alles außer Elsaß-Lothringen bereit ist, so bedeutet dies nichts anderes, als daß Deutschland zwar den Krieg zu beendigen, nicht aber die Ursachen zu beseitigen wünscht, die zu dem Krieg geführt haben. Elsaß-Lothringen ist ein Symbol des militärischen Systems, das diese Leiden über die Welt gebracht hat.

Amsterdam, 13. Oktober. Die „Times“ meldet aus New-York: Die amerikanischen Blätter erklären anlässlich der Rede Rühlmanns, von Frieden könne keine Rede sein, ehe Elsaß-Lothringen zurückgegeben sei.

„New York Times“ schreibt, Deutschland müsse diese Provinzen abtreten, denn Elsaß-Lothringen sei die Verkörperung des Prinzips geworden, für das die Alliierten kämpfen, nämlich, daß solche Schrecknisse nicht mehr vorkommen dürfen.

Französische Kammer.

Paris, 13. Oktober. Im weiteren Verlauf der gestrigen Kammer Sitzung kritisierte Jacques Daumie das diplomatische Personal, seine Ergänzung und Zusammensetzung. Das Personal der Botschaften und Konsulate sei zu sehr mit gesellschaftlichen und bürokratischen Angelegenheiten beschäftigt. Die Konsuln müßten eine solche Bezahlung erhalten, die ihnen ein ihrer Stellung entsprechendes Auftreten gestattet.

Minister Ribot antwortete, er werde hierfür die nötigen Kredite verlangen.

Moutet (Sozialist) ist der Ansicht, daß nicht die diplomatischen Agenten zu verurteilen seien, sondern die Richtlinien, die sie erhalten. Wir kennen nicht die Fehler, die dazu führten, uns die Jahrhunderte alte Freundschaft der Türkei zu verscherzen und die sie in den Krieg gegen uns getrieben haben; die Fehler, die Bulgariens Eintritt in den Krieg herbeigeführt und die unsre schwankende Politik gegenüber Griechenland gekennzeichnet haben. Die Gesandten selbst sind ungenügend unterrichtet. Redner verurteilt die Geheimpolitik und verlangt, daß ein demokratischer Geist in die auswärtige Politik Frankreichs einziehe.

Briand erklärt, er betrachte es als seine Pflicht, gewisse übertriebene Kritiken nicht un widersprochen zu lassen. Er stellt fest, daß die deutschen Diplomaten eine übereifrige